



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK

(KW 27-30/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat Juli 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Prof. Michael Kaufmann, nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Der WHO Pandemievertrag (WHO convention, agreement or other international instrument on pandemic prevention, preparedness and response) ist insgesamt eine absolut inakzeptable und sogar gefährliche Aushebelung der nationalen Souveränität der Staaten. Darüber hinaus ist damit aber auch ein Eingriff in die Freiheit von Forschung und Wissenschaft verbunden. Dagegen setzt sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihrer Stellungnahme völlig zurecht zur Wehr.

Die Alternative für Deutschland unterstützt diesen Vorstoß der DFG. Wissenschaft und Forschung müssen ohne jede Einschränkung einzig und allein vom ergebnisoffenen Erkenntnisgewinn geleitet werden. Vorgaben und Einschränkungen durch nationale oder supranationale Organe weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.“

06. Juli 23

**Pressemitteilung:
Der WHO Pandemievertrag
ist eine gefährliche Aus-
hebelung der nationalen
Souveränität und zudem ein
Eingriff in die Freiheit von
Forschung und Wissenschaft**

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat in einer Stellungnahme zum WHO Pandemievertrag die damit verbundene Regulierung von Forschung und Entwicklung als zu weit gehend zurückgewiesen (https://www.dfg.de/.../statement_who_pandemic_agreement.pdf). Der forschungspolitische





07. Juli 23

Pressemitteilung: Antrag der Union zu Long Covid/Post-Vac ist Etikettenschwindel

Am Donnerstagabend wird im Plenum des Deutschen Bundestags ein Antrag der Unionsfraktionen zur Erforschung von Long Covid, ME/CFS und Post-Vac debattiert.

Hierzu teilt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Prof.

Michael Kaufmann, mit:

„So sehr es einerseits zu begrüßen ist, dass die Erforschung der Nebenwirkungen von Covid-Impfungen (Post-Vac) überhaupt einmal auf der Tagesordnung des Bundestages landet, so sehr müssen wir leider konstatieren, dass die Union mit ihrem Antrag die Dimension des Problems herunterspielt und zudem wichtige Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verletzt.

Wir beobachten seit geraumer Zeit, neben einer signifikant erhöhten Sterblichkeit,

eine enorm anwachsende Zahl von Fällen zahlreicher Krankheitsbilder. Diese Krankheitsbilder werden im vorliegenden Antrag der Union, ganz im Sinne des Narrativs der Regierungskoalition, dem Phänomen Long Covid zugeordnet. Die Erforschung der Impfn Nebenwirkungen soll dabei eher nebenher erfolgen. Wissenschaftliches Arbeiten geht aber zunächst vom beobachtbaren Phänomen aus - das sind hier die erhöhten Fallzahlen bei bestimmten Krankheitsbildern - und versucht die Ursachen für das Phänomen zu ermitteln. Eine vor-schnelle Zuordnung zu Long Covid nähme die Ergebnisse dieser bisher nicht erfolgten Untersuchung bereits vorweg.

Aus den beiden genannten Gründen - un-wissenschaftliche Herangehensweise und nicht ausreichende Würdigung der Problematik Impfn Nebenwirkungen - hat sich die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland entschlossen, diesem Antrag mit Enthaltung zu begegnen. Im Hinblick auf die Erforschung der Übersterblichkeit und der Impfn Nebenwirkungen braucht es weit mehr als den halbherzigen Ansatz der CDU/CSU.“

BERLIN: HANNES LOTH ZU BESUCH IM REICHSTAG



04. Juli 23

Unser Sieger Hannes Loth war heute zu Besuch im Reichstag bei der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir wünschen ihm alles Gute für die Arbeit als Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz.



PARLAMANTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Montag

Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie zum Thema GEG, BT-Drs. 20/6875.

- Beginnen wir ausnahmsweise mit der Anhörung am Montag: Es geht um das Gesetz, welches noch am Freitag durchgepeitscht werden soll und „Häuslebesitzer“ enteignen wird.
- Der Sachverständige Prof. Fritz Söllner von der Technischen Universität Ilmenau, benannt von der AfD-Fraktion, brachte den Irrsinn in seinem Gutachten auf den Punkt: Das Gesetz ist weder ökologisch (CO₂-Einsparung etwa bei 1,4%), noch ökonomisch zu rechtfertigen (geschätzte Kosten dieser Einsparung pro Tonne CO₂: ca. 1.820 €). Für die Stellungnahme hatte er gerade mal das Wochenende Zeit. Sehr lesenswert: [20\(25\)432 Stellungnahme Professor Söllner zu GEG \(bundestag.de\)](#)

Dienstag

Pressekonferenz der AfD

- Verfassungsschutzpräsident Haldenwang hatte sich in der letzten Woche bei seiner Äußerung nicht nur im Ton vergriffen, als er sagte: „Der Verfassungsschutz allein ist nicht zuständig für die Senkung der AfD-Umfragewerte.“ Weiter im Zuge der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes: „...diese Umstände [... die AfD würde von Moskau beeinflusst und verträte antisemitische Haltungen...] sollten die Wähler bei ihrer Entscheidung im Hinterkopf behalten.“
- Der erste Parl. Geschäftsführer Bernd Baumann verkündete daraufhin, dass die AfD-Fraktion sowohl Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Haldenwang einreichen als auch eine Abmahnung an ihn versenden wird:
- „Es ist nicht Aufgabe des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, eine demokratisch gewählte Partei zu diskreditieren und in den pol-

Wettbewerb einzugreifen.“

Mittwoch

Regierungsbefragung mit Kanzler Scholz

- In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause wird turnusgemäß in der Regierungsbefragung nicht ein bzw. zwei Minister, sondern der Kanzler persönlich befragt.
- In seiner Einleitung ging es wieder einmal um die großen Herausforderungen dieser Zeit: Der Angriffskrieg Russlands, der mit finanziellen Opfern zu bekämpfen sei, wie etwa Waffenlieferungen an die Ukraine, humanitäre Hilfe, Aufnahme von Flüchtlingen. Darüber hinaus sprach er von der Stärkung der Bundeswehr, dadurch Stärkung der NATO, Ausbau der Solarenergie und „erneuerbaren Energien“ zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 und Ansiedlung von „bestimmter“ Großindustrie (Thema Subventionen), damit Deutschland erfolgreiches Industrieland bleibt.
- Damit sollten wir nun also wissen, warum Milliarden, auch aus den Spardosen der Bürger, investiert werden müssen: Es geht am Ende immer darum, dass die Quellen der Steuereinnahmen nie versiegen dürfen, zur Umverteilung von arm nach reich, von Inland nach Ausland...
- Bei dem immer schneller getakteten Tempo helfen auch die Almosen nicht, die Kanzler Scholz dann noch nebenbei erwähnt:
- Kindergrundsicherung (von geplanten 12 Mrd. sind nun nur noch 2 Mrd. übrig), Bürgergeld, Wohngeld, höheres Kindergeld.
- Mit anderen Worten: Trotz Anstiegs der Erwerbstätigenquote seit 1991 bis 2022 von 67,8% auf 76,9% ([Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2022 - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)), also einem absoluten Anstieg von 38,9 Mio. im Jahr 1991 auf 44,8 Mio. im Jahr 2020 ([Zahl der Erwerbstätigen sinkt erstmals seit 14 Jahren \(berliner-zeitung.de\)](#)) und gleich-

zeitiger Zunahme der Steuereinnahmen in Deutschland von 453 Mrd. (1999) bis auf 895,7 Mrd. im Jahr 2022 (bzw. 739,70 Mrd. in 2020, Quelle Statista), steigen die Probleme kontinuierlich an:

- So stieg die Staatsverschuldung im Jahr 2022 offiziell auf einen *historischen Höchststand* von 2,37 Billionen Euro an ([Staatsverschuldung 1950 bis 2022 | Statista](#)), der sog. Fachkräftemangel wächst kontinuierlich (Index 2015: 0, Index 2022: 128) ([Entwicklung des Fachkräfteindex bis 2022 | Statista](#)).
- In absoluten Zahlen: Es fehlten allein im vierten Quartal 2022 fast 2 Mio. Arbeitskräfte ([Fachkräftemangel: Knapp zwei Millionen Stellen offen – Rekord in Deutschland - WELT](#)), bis 2030 fehlen uns angeblich 2 Mio. Fachkräfte ([Bis 2030 fehlen in Deutschland 2 Millionen Fachkräfte | Statista](#)), von sonstigen Arbeitskräften ganz zu schweigen...
- Man könnte hier in endlose Tiefen der Diskrepanzen vordringen, Löcher, in denen unsere Steuermilliarden verschwinden, fände man zuhauf. Höchste Steuereinnahmen stehen wachsender Alters-, Kinder-, Familien-, Erwerbstätigen-Armut und Insolvenzwellen gegenüber.
- Kanzler Scholz betonte in seiner „Sonntagsrede“, die multiplen Krisen auch mit neuen Krediten bekämpfen zu müssen.
- Steffen Kotré fragte den Kanzler, wie er die grundgesetzwidrige Enteignung der Bürger (*im Hinblick auf das drohende GEG*) bewerte. Des Kanzlers Antwort: „Ich kann nicht auf alle Falschbehauptungen eingehen...“
- Gottfried Curio befragte ihn zu den Vorkommnissen um Haldenwang und ob dieser noch tragbar sei. Der Kanzler: „Herr Haldenwang ist ein objektiver, unabhängiger Beamter...“
- Dr. Ann-Veruschka Jurisch von der FDP lobte das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung und stellte fest: „Wir stellen jetzt die Migrationspolitik vom Kopf auf die Füße, denn es wird einfacher, in unseren Arbeitsmarkt einzuwandern.“ Der Kanzler: „Es ist eine



der ganz großen Innovationen, die in Deutschland stattfinden..." Tja, oben ist unten und unten ist oben.

- Bei insistierenden Fragen des Abgeordneten Leif-Erik Holm zu den Fakten zu „Deutschland, als immer schlimmer kränkelnden Mann in Europa“ im Hinblick auf Geschäftsklima-Index, Schrumpfen der Wirtschaft um 0,4%, Verlust von Kaufkraft und einer Inflation bei Lebensmitteln allein von 14% war der Tenor von Scholzens Antworten: „Wir ermöglichen Investitionen der Industrie mittels Subventionen und wir holen Talente, die wir brauchen nach Deutschland, damit unsere Wirtschaft wachsen kann.“

Allgemeine Fragestunde: Ressort Bau- en, Wohnen, Stadtentwicklung mit dem Parl. Staatssekretär Sören Bartol.

- Sehr interessant war die Antwort zur Frage von Bernd Schattner: Die Kaufpreise für Ein- und Zweifamilienhäuser sind im ersten Quartal '23 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9,7% und für Eigentumswohnungen um 5,7% zurückgegangen. Gleichzeitig aber explodieren die Mietpreise, sie steigen aufgrund des Einbruchs beim Neubau (steigende Zinsen, steigende Preise für Baumaterialien) und massenhafter Einwanderung, so Schattner.
- Bartol hierzu: „Man sollte Geflüchtete und andere Gruppen nicht gegeneinander ausspielen.“
- Die mündliche Frage des Abg. Michael Kaufmann, passend zu diesem Thema, konnte allerdings nur schriftlich beantwortet werden: Von den 400.000 neuen Wohnungen, die die Bundesregierung 2022 beabsichtigte fertigzustellen, sind laut amtlicher Statistik gerade mal 295.300 Wohnungen fertiggestellt worden. (Frage 010 der mündlichen Fragestunde, 05.07.23)
- Bernd Schattner hatte beim Thema ein: Die Bauaufträge sind um 25% eingebrochen, wie will die Regierung das Delta von ca. 150.000 Wohnungen schließen? Bartol hierzu: „Wahrscheinlich liegt der Bedarf noch höher, als 400.000 Wohnungen“, „[...] wir revitalisieren den sozialen Wohnungsbau, haben auch die

Förderung auf neue Füße gestellt.“

- Man fragt sich: Woher kommt das Geld, wenn nicht einmal über 800 Mrd. Steuereinnahmen reichen?
- Stephan Brandners Bemerkung zu diesem Thema etwas später in der Befragung: „...die halbe Welt wird uns geschenkt, wir bekommen Menschen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, im letzten Jahr waren es netto ca. 1,2 Mio. Zugänge.“ (Anmerkung der Verfasserin: Die Krise ist hausgemacht, oder nicht?)
- Nun, vielleicht wird der von Herrn Bartol angepriesene „Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit“ (bis Herbst 2023 erstellt), die Obdachlosen von der Straße holen.

Dritte Lesung des von der CDU beantragte Untersuchungsausschusses zum Komplex Warburg/Cum Ex (20/6420)

- Der beantragte Untersuchungsausschuss, der zumindest Kanzler Scholz' Reputation schwer hätte erschüttern können, wurde in dritter Lesung durch Beschlussempfehlung des Ausschusses abgewiesen.
- Die SPD sprach (wohl mit großer Erleichterung) von einem denkwürdigen Tag, da ein „verfassungswidriger Antrag“ abgewiesen wurde. Die Zuständigkeit läge ja im Verantwortungsbereich eines Bundeslandes.
- Kay Gottschalk sprach von einem Anschlag auf das Minderheitenrecht der Opposition, denn die CDU hatte das für die Einsetzung erforderliche Quorum gem. Geschäftsordnung erreicht. Es werden also nicht nur Gesetze gebeugt, sondern auch die eigenen Regularien missachtet.
- Der Kanzler glänzte während der Debatte durch Abwesenheit.

Erste Lesung des AfD-Antrags „Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen“ (20/7565)

- Dr. Marc Jongen, federführend für die AfD, erklärte, dass sog. Agendawissenschaften wie Postcolonial Studies, die Disability Studies, die Critical Whiteness Studies, die Queer Studies oder Gender Studies nicht unerhebliche Forschungsmittel erhalten und das überprüft

werden müsse, ob deren Lehre den Qualitätskriterien wissenschaftlichen Arbeitens entsprechen. „An deutschen Universitäten triumphieren mittlerweile Hypermoral und politische Korrektheit über intellektuelle Redlichkeit.“

- Wir können an dieser Stelle schon vorweg den Bogen zum geplanten Selbstbestimmungsgesetz im Herbst schlagen, welches sich bedenkenlos den über Jahrhunderte wissenschaftlich eruierten Naturgesetzen der Biologie, der Pathologie und Medizin entgegenstellen wird.
- Es folgte Überweisung an den Ausschuss Bildung und Forschung, das Schicksal des Antrags können wir erahnen.
- Lesenswert: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/josef-kraus-lernen-und-bildung/wissenschaft-standort-deutschland/>

Donnerstag

Zweite und dritte Lesung der fraktionsübergreifenden Gesetzesentwürfe zur Suizidhilfe

- Am Donnerstag wurde nach fast einjähriger (Gedanken-)Pause die zweite und dritte Lesung anberaumt.
- Die AfD-Fraktion war nach guter alter Blockparteien-Sitte von der demokratischen Beteiligung ausgeschlossen worden und konnte hier allein durch Abstimmungsbeteiligung mitwirken.
- Die Beihilfe zum Suizid auf Basis eines Gewerbes war bis 2020 strafbar gewesen. Den entspr. Paragraphen 217 strich jedoch das BvFG am 26.02.2020 aus dem StGB, da nicht verfassungskonform.
- Der erste Antrag von Castellucci, Heveling und weitere (20/904) verlangte eine Straffreiheit nur unter bestimmten Voraussetzungen (ansonsten strafbewehrt), auch Werbung für Sterbehilfe soll verboten sein. Voraussetzung der Straffreiheit sind eine Latte an Fristen, Beratungsgesprächen und Gutachten von Fachärzten. Ein Teilnehmer bleibt straffrei, wenn er nicht gewerbsmäßig handelt oder Angehöriger/Nahestehender ist.
- Ein weitergehender Antrag 20/2332



Helling, Plahr, Fricke, und weitere sah keine erneute Aufnahme des Straftatbestandes in das StGB vor, sondern im Kern ein neues Gesetz der Suizidhilfe: Es sollen in den Ländern Beratungsstellen geschaffen werden, das Recht zur Selbsttötung und auch der Unterstützung sollen normiert werden.

- Künast, Scheer und weitere (20/2293) wollten keine Regulierung der gewerbsmäßigen Beihilfe. Die Verschreibung eines tödlichen Medikaments sollte eine ärztliche Beratung voraussetzen.
- Der erste Antrag und die beiden zusammengefassten beiden weiteren Anträge erhielten in namentlicher Abstimmung keine Mehrheit, ein dritter Antrag (20/7630) schließlich konnte in namentlicher Abstimmung alle Abgeordneten überzeugen, es stimmten 687 Abg. mit Ja, bei einer Nein-Stimme.
- Somit wird es keine neue gesetzliche Regelung geben, Ärzte dürfen wie bisher Hilfe zur Selbsttötung leisten, solange die Freiverantwortlichkeit der Suizidenten gewährleistet ist.
- Die Bundesregierung wird im angenommenen Antrag zu einem Bündel an Maßnahmen aufgefordert, Prävention, Aufklärung, Beratung und Notfallversorgung zu verstärken.

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD-Fraktion

- Die AfD thematisierte die *unglaublichen Gewaltexzesse in Frankreich* nach dem gewaltsamen Tod eines jugendlichen Straftäters.
- Während sich die vereinten Blockparteien ziemlich einig waren, dass es „eben unterschiedliche Protestkulturen“ gibt, und „Rechtsextremisten ein vitales Interesse daran haben, solche Zustände auch zu uns zu holen“ (*Konstantin Kuhle, FDP*), „die AfD nur Kapital aus der Gewalt in Frankreich schlagen wolle“ (*Gökay Akbulut, Die Linke*) und im Allgemeinen die Rechten die Rebellion von Menschen mit Migrationshintergrund schüren würden, nannte die AfD das Kind beim Namen:
- Arabische Zuwanderer lehnen westliche Werte und den Staat ab, der sie aufgenommen hat. Heute Frankreich, morgen

Deutschland, so Gottfried Curio. Freibäder in Deutschland sind für Frauen schon jetzt nicht mehr betretbar. Fakt ist: Alle Unberechtigten müssen sofort raus!

- Information am Rande: Inzwischen hat Staatspräsident Macron am Mittwoch gesetzliche Regulierungen auf den Weg gebracht, um „Verdächtige“ in Zukunft über Handys und mobile Geräte umfassend abhören und tracken zu können. Jede Krise wird also genutzt, um die Überwachung stärker auszubauen.

Den NATO-Gipfel in Vilnius thematisierte die CDU/CSU mit Antrag Nr. 20/7588.

- Sie setzt sich für den baldigen NATO-Beitritt der Ukraine ein, die Verteidigungsausgaben Deutschlands sollen auf zwei Prozent des BIP als Untergrenze festgeschrieben werden und das 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundeswehr könne nur einen ersten Schritt zur Ausrüstung der Truppe darstellen.
- Der Fraktionslose Robert Farle in seiner Rede: Eine neue Kampfgruppierung bestehend aus 5000 deutschen Soldaten soll nach Vilnius geschafft werden. Es gibt 35.000 Gls in Deutschland. Davon könnten doch die 5.000 nach Litauen geschickt werden. Wir wollen keinen Deutschen jemals mehr im Krieg verlieren...
- Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.

Namentliche Abstimmung zur Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr im sog. Minusma-Einsatz in Mali auf Antrag der CDU (20/7581)

- Die namentliche Abstimmung endete mit einer Ablehnung durch das gesamte Plenum gegen die Stimmen der CDU/CSU.
- Die AfD (Gerold Otten) erkannte, dass die Hintergründe des CDU-Antrags scheinheilig sind. Letztlich soll die illegale Migration aus Westafrika nach Europa legalisiert werden. Nach Abzug der Truppen würde das gesamte deutsche Steuergeld, das in Infrastruktur geflossen war, den malischen Machthabern und den Wagner-Truppen zur freien Verfügung stehen.

Letzte Lesung: Zwei Anträge der CDU/CSU: „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken 20/5983) und „ME/CFS-Betroffenen sowie deren Angehörigen helfen“ (20/4886).

- Der erste Antrag wurde unter Enthaltung der AfD durchweg abgelehnt. Der zweite hatte die Zustimmung der AfD gefunden, wurde jedoch auch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.
- Fakt ist, dass gem. Auskunft der Bundesregierung am 06.10.22 an den Abg. Michael Kaufmann (*Dr.-Nr. 20/3859*) bereits viele Forschungsprojekte zum Problembereich Long-Covid existieren, es jedoch nicht einmal eine saubere Abgrenzung zwischen Long-Covid und Post-Vac gibt und dementsprechend getrennte statistische Erfassungen von Anzahl/Aufkommen/Symptomatik und Schwere gar nicht oder nur schleppend erfolgen. Auch die unterschwellige oder offensichtliche Zuordnung der Symptomatik ME/CFS zu Long-Covid, geht an wissenschaftlich fundierter Arbeitsweise vorbei. Wissenschaft wird (wie in unzähligen anderen Disziplinen) dem politischen Zweck und Ziel unterworfen.

Freitag

Der Freitag hatte es in sich: Als erster TOP war die Verabschiedung des GEG, im Volksmund „Heizungshammer“, geplant.

- Dieser sollte die Notgroschen der Bevölkerung zwecks Investition in umfassende Sanierungsmaßnahmen und Umrüstung auf Wärmepumpen mobilisieren.
- Den Abgeordneten war dieses in endgültiger Fassung erst am 4. Juli (Dienstag) vorgelegen und das Bundesverfassungsgericht hat mit Eilurteil vom Donnerstag die Verabschiedung auf Antrag des CDU-Abgeordneten Heilmann aufgrund zu kurzer Vorlagefrist gestoppt.
- AfD-Abgeordnete, wie z.B. Marc Bernhard, hatten sich dem Antrag angeschlossen.
- Ob dies ein cleverer Schachzug der CDU war, die damit eigentlich verhindern wollte, dass das gesamte Gesetz auf-



grund von Formfehlern gekippt werden könnte, wird sich weisen.

Diskutiert wurde daher nach dem TOP „LNG-Beschleunigungsgesetz“ – siehe nachfolgend - (20/7279) auch nicht der Gesetzesentwurf der Bundesregierung, sondern der dazugestellte Antrag der CDU „Neustart beim Heizungsgesetz“ (20/7671)

- Letzterer fordert zwar in schwammiger Form zukünftig seriösere Verfahren und will „dirigistische“ Eingriffe des Staates „im Bestand“ verhindern, befürwortet im Grunde jedoch den Heizungshammer weiterhin mit ein wenig Schönfärberei.
- Marc Bernhard in der Debatte: Es handelt sich um eine faktische Enteignung von Millionen, die sich ihre Altersvorsorge quasi vom Munde abgespart haben. Das Vorhaben wird die Volkswirtschaft 2.500 Milliarden Euro kosten. Das Heizungsgesetz muss nicht erneuert werden, sondern sofort gestoppt werden.
- Der CDU-Antrag wurde in der Sofortabstimmung abgelehnt.

Der chronologischen Abfolge widersprechend, kommt hier nun der vorgezogene TOP 1 der Beratungen am Freitag: Das sog. LNG-Beschleunigungsgesetz (Dr.-Nr. 20/7279)

- Das Gesetz wurde schließlich in namentlicher Abstimmung, nur mit den Stimmen der Koa, also mit knapper Mehrheit, verabschiedet (369 x „Ja“ und 300 x „Nein“) und selbst aus den Reihen von SPD und Grünen gab es öffentliche Gegenstimmen. („...ob der Bedarf wirklich vorhanden ist, ist nach wie vor unklar.“)
- Habeck rechtfertigte den Bau der Rügen-Pipeline durch ökologisch sensibles Gebiet aufgrund des „Vorsorgeprinzips“ und die Zwischenintervention des Abg. Martinichert, wie lange die unsägliche Einleitung von täglich 480 Mio. ltr. gechlortem Wasser am LNG-Terminal vor Wilhelmshaven noch laufen solle, blieb inhaltlich unbeantwortet.
- Ein Hammelsprung zur Herbeizitierung des Ministers vor der Abstimmung, ein unflätiger SPD-Abgeordneter, die Verhängung eines Ordnungsgeldes und Tumulte begleiteten diese erneute sinnlose und allem Umweltschutz widersprechende Posse dieser Bundesregierung.

Das Schicksal des GEG (Behandlung erst nach der Sommerpause) ereilte auch der Gesetzesentwurf „zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes“ (20/6872).

- Es wird einen heißen Herbst geben und voraussichtlich werden Gesetze vor den beiden Landtagswahlen in Hessen und Bayern verabschiedet werden, die das Wählerverhalten nachhaltig beeinflussen könnten.
- Dieses Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie, welches erneut tief in die Privatsphäre von Bürgern greifen und ein weiteres Bürokratiemonster werden wird, verlangt Energieeinsparmaßnahmen bis 2030 von 50 Terrawattstunden. Die AfD war es, die zu diesem letzten Tagesordnungspunkt vor der Sommerpause einen Hammelsprung beantragte zur Feststellung der (Nicht-)Beschlussfähigkeit des Bundestags. Die diensthabende SPD-Vizepräsidentin Özogus brauchte mehr als 20 Minuten, um „weggedöste“ Grün:innen von ihren Parlamentsstühlen in die Lobby zu komplimentieren, die Handys vieler Abgeordneter der Koa glühten in dieser Frist, um schnell noch Kollegen aus der Nähe (auf dem Weg in den Urlaub, oder aus dem Straßencafé) zurück zur Abstimmung zu lotsen.
- Am Ende reichten die Anstrengungen nicht, die Abstimmung über das Gesetz konnte verhindert werden, Schaden am deutschen Volke „aufgeschoben“ werden.



06. Juli 23

Wieder ein langer Donnerstagabend im Reichstag zuende.



07. Juli 23

Wir zeigen dem LNG-Beschleunigungsgesetz die Rote Karte. Grüße nach Rügen! Wir stehen an Eurer Seite. Eure AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.





29. Juli 23: Impressionen vom 14. AfD-Bundesparteitag: Wir starten mit Aufwind. 10 Jahre AfD - Bereit für mehr.



KOMMENDE TERMINE:

Afd-Sommer '23
Sommertour

12. - 26. AUGUST:
IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER
UNTERWEGS IN
DEN SAALEKREISEN

Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.kaufmann-michael.de

Afd

www.kaufmann-michael.de
@AfdKaufmann
@KaufmannMdB

www.kaufmann-michael.de
@AfdKaufmann
@KaufmannMdB

www.kaufmann-michael.de
@AfdKaufmann
@KaufmannMdB

TOURDATEN

12. August

- ☉ Kaulsdorf (9 - 10 Uhr)
- ☉ Höhenwarte (10.30 - 13 Uhr)
- ☉ Drognitz (13.30 - 14.30 Uhr)
- ☉ Altenbeuthen (15 - 17 Uhr)
- ☉ Frauenprießnitz (11 - 12 Uhr)
- ☉ Schkölen (13 - 14.30 Uhr)

13. August

- ☉ Schwarzburg (9 - 10 Uhr)
- ☉ Oberweißbach (11 - 12 Uhr)
- ☉ Unterweißbach (13 - 14 Uhr)
- ☉ Cursdorf Fröbelturm (14.30 - 15.30 Uhr)
- ☉ Katzhütte (16 - 17 Uhr)

15. August

- ☉ Leutenberg (9 - 10 Uhr)
- ☉ Probstzella (12 - 13 Uhr)
- ☉ Grüfenthal (14 - 15 Uhr)
- ☉ Lehesten (16 - 17 Uhr)

16. August

- ☉ Rudolstadt (9 - 10 Uhr)
- ☉ Kahla (11 - 12 Uhr)
- ☉ Orlamünde (13.30 - 14.30 Uhr)
- ☉ Uhlstädt/Kirchhasel (15.30 - 16.30 Uhr)

18. August

- ☉ Bad Blankenburg (9 - 10 Uhr)
- ☉ Marktgöltz u. A. (11 - 12 Uhr)
- ☉ Rottenbach (12.30 - 13.30 Uhr)
- ☉ Königsee (14.30 - 16.30 Uhr)

19. August

- ☉ Bürgel (9 - 10 Uhr)

21. August

- ☉ Saalfeld (9 - 10 Uhr)
- ☉ Arnsgereuth (11 - 12 Uhr)
- ☉ Rohrbach, Wickersdorf (12.30 - 13.30 Uhr)
- ☉ Schmiedefeld (14 - 15 Uhr)

22. August

- ☉ Neustadt / Orla (9 - 10 Uhr)
- ☉ Ranis (11 - 12 Uhr)
- ☉ Paska/Ziegenrück (13 - 13.30 Uhr)
- ☉ Saalburg (15.30 - 17 Uhr)

24. August

- ☉ Hermersdorf (9 - 11 Uhr)
- ☉ Eisenberg (12 - 14 Uhr)
- ☉ Camburg (15 - 16.30 Uhr)

25. August

- ☉ Unterwellenborn (9 - 10 Uhr)
- ☉ Kröpla (11 - 12 Uhr)
- ☉ Stadtroda (13.30 - 14.30 Uhr)

26. August

- ☉ Triptis (9 - 10 Uhr)
- ☉ Dittersdorf, Plothen (11 - 12.30 Uhr)
- ☉ Tanna (13 - 14 Uhr)
- ☉ Schleiz (14.30 - 16 Uhr)
- ☉ Sommerfest Burgk (ab 16 Uhr)

Info unter:
0157 53 59 46 14
kontakt@kaufmann-michael.de

Die genauen Standorte finden Sie auf meiner Webseite:
www.kaufmann-michael.de/sommertour

YLS & P. Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Eichen 50, 10117 Berlin

Die genauen Standorte meiner Sommertour finden Sie auf meiner Website unter:
www.kaufmann-michael.de/sommertour

Prof. Kaufmann lädt ein:
Stammtisch

11
AUGUST 18.00 Uhr
Ratskeller Markt 1 · Pöbneck
Neues aus dem Bundestag und aktuelle Themen

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Afd

BESUCHEN SIE MICH IN BERLIN!

Bundespressefahrt
13.11.23 - 15.11.23

ANMELDUNG UNTER:
michael.kaufmann-uk@bundestag.de
+49 (0) 3671 5 23 23 48

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Afd



VERMISCHTES:



06. Juli 23

Die Tour der Landesgruppe Thüringen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag machte Halt in Rudolstadt.

Vor Ort war ich mit meinem Kollegen Marcus Bühl, AfD MdB.

Wie immer in Rudolstadt war das AfD-Mobil großer Treffpunkt für Patrioten, die die bürgerfreundliche Regierungspolitik satt haben.



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



Kahla

Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pößneck

Breite Straße 32
Tel.: 03671 5 23 23 48
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld


Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Darüber hinaus sind auch Termine nach Vereinbarung möglich!



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

